



Hermann Butzer / Anna-Lena Hollo

Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit einer signifikanten Erhöhung des Bundeszuschusses an die Gesetzliche Rentenversicherung

Schriften zum Öffentlichen Recht, Band 1357

121 Seiten, 2017

Print: <978-3-428-15321-3> € 49,90

E-Book: <978-3-428-55321-1> € 44,90

Print & E-Book: <978-3-428-85321-1> € 59,90

In der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) ist mittelfristig eine schwierige Finanzierungssituation absehbar. Prognostiziert wird, dass sich etwa ab dem Jahre 2020 das Netto-Rentenniveau vor Steuern von derzeit 48,0 auf 41,7 Prozent im Jahr 2045 reduzieren und gleichzeitig der Beitragssatz von 18,7 auf 23,6 Prozent steigen wird. Eine der Überlegungen hinsichtlich der Verhinderung bzw. Abmilderung dieses Szenarios besteht in der Erhöhung der Staatszuschüsse, die derzeit rund 25 Prozent der Einnahmen der GRV ausmachen. Dies wirft die Frage auf, ob es hierfür eine verfassungsrechtliche Obergrenze gibt und wo diese ggf. liegt. Die Verfasser kommen zu dem Ergebnis, dass Art. 120 Abs. 1 Satz 4 GG, das Eigentumsrecht (Art. 14 GG) an sozialversicherungsrechtlichen Anwartschaften, der Allgemeine Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG) und das Unionsrecht (Art. 101 AEUV) einer Erhöhung der Bundeszuschüsse erst entgegenstehen, wenn eine Grenze von 50 Prozent Staatsfinanzierung überschritten wird.

Inhalt

1. Teil: Einführung in die Thematik

2. Teil: Erfordernis einer einfachgesetzlichen Rechtsgrundlage für einen zusätzlichen bzw. erhöhten Bundeszuschuss

Vorüberlegung: Notwendigkeit oder Entbehrlichkeit einer einfachgesetzlichen Rechtsgrundlage — Eignung der bisherigen Regelungen in § 213 SGB VI — Vorschlag: Neue Rechtsgrundlage durch Erweiterung des § 213 SGB VI — Ergebniszusammenfassung

3. Teil: Einfach-, verfassungs- und unionsrechtliche Vorgaben für einen zusätzlichen bzw. erhöhten Bundeszuschuss

Vorgaben aus Art. 110 GG und § 213 Abs. 6 SGB VI — Mögliche Vorgaben aus Art. 120 Abs. 1 Satz 4 GG — Mögliche Vorgaben aus Art. 14 Abs. 1 und Art. 2 Abs. 1 GG — Mögliche Vorgaben aus Art. 3 Abs. 1 GG — Mögliche (zu vermeidende) Folge: Unternehmenseigenschaft nach Art. 101 AEUV

4. Teil: Wesentliche Ergebnisse

Verzeichnis der verwendeten Literatur

Sachverzeichnis

Bestellungen können an jede Buchhandlung oder direkt an den Verlag gerichtet werden.

Nutzung und Download von E-Books erfolgen über unsere eLibrary.

Tel.: 030 / 79 00 06-0 · werbung@duncker-humblot.de · verkauf@duncker-humblot.de

www.duncker-humblot.de